

# Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint  
wöchentlich dreimal u. zwar Diens-  
tags, Donnerstag und Sonnabends.  
Bezugspreis viertelj. 1 Mk. 30 Pf.,  
durch die Post bezogen 1 Mk. 55 Pf.  
Einzeln. Nummern 10 Pf.

Inserate  
werden Montags, Mittwochs und  
Freitags bis spätestens Mittags  
12 Uhr angenommen.  
Insertionspreis 10 Pf. pro dreize-  
spaltiger Corpuszeile.

## Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,  
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Druck und Verlag von Martin Berger in Firma S. A. Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion G. A. Berger daselbst.

No. 30.

Sonnabend, den 9. März

1895.

### Die neue Session des preussischen Staatsrathes.

Der preussische Staatsrath tritt am nächsten Dienstag wieder zusammen, um diesmal eine größere Anzahl Fragen meist agrarpolitischen Inhalts zu erörtern. Da der Staatsrath nicht den Charakter einer gesetzgebenden Körperschaft besitzt, so sind seine Beschlüsse selbstverständlich auch nicht von bindender Kraft für die Regierung, immerhin werden dieselben aber nicht ohne Einfluss auf das weitere Vorgehen der Regierung zur Bekämpfung des landwirthschaftlichen Nothstandes bleiben. Denn der jetzt einberufene Staatsrath repräsentiert eine Versammlung einflussreicher und hochangesehener Sachverständiger zunächst auf landwirthschaftlichem Gebiete, dann aber auch auf anderen Gebieten, die in den bevorstehenden Staatsrathsverhandlungen ebenfalls berührt werden sollen. Für die Regierung muß es jedoch Werth besitzen, die Anschauungen und Meinungen von Persönlichkeiten kennen zu lernen, die in dem so schwierigen landwirthschaftlichen Problem und den hiermit zusammenhängenden Fragen besonders urtheilsfähig sind, und es können alsdann auch die Rathschläge solcher erfahrener Männer nach der gedachten Richtung hin nicht gleichgültig für unsere leitenden Staatsmänner sein.

Wie nun das inzwischen bekannt gewordene Arbeitsprogramm des Staatsrathes erkennen läßt, werden dessen Beratungen in erster Linie und vor allem den Maßnahmen zur Hebung der Preise der landwirthschaftlichen Produkte gewidmet sein, was auch ganz erklärlich ist, baist doch der heutige Nothstand der Landwirtschaft wesentlich mit auf den so niedrigen Preisen gerade der wichtigsten ihrer Produkte. Eine ganze Reihe von Maßnahmen, welche diesem Grundübel entgegenwirken sollen, werden da dem Staatsrath unterbreitet, von dem sich mit dem bekannten Antrage Kanitz deckenden Vorschläge der Monopolisierung des Handels mit ausländischem Getreide u. s. w. an, bis zu den Vorschlägen, welche auf Einführung eines staatlichen Brodmonopols und endlich gar auf Verstaatlichung des Mälzereibetriebes zielen. Inwieweit beziehen sich diese Projekte auf die Hebung des Getreidepreises und wie weit das Programm ausdrücklich die Frage auf, ob sie zur Erreichung des erstrebten Endzweckes geeignet und praktisch durchführbar sind, und gerade hierin darf dem Urtheile des Staatsrathes gewiß mit erhöhtem Interesse entgegengelesen werden. In enger Verbindung mit den Erörterungen über die Hebung des Getreidepreises werden naturgemäß die Beratungen in Betreff der Verbesserung des Zucker- und Spirituspreises stehen, nur unterbreitet in dieser Beziehung die Regierung dem Staatsrath keine spezialisirten Vorschläge, sie scheint solche vielmehr vom Staatsrath selbst zu erwarten.

Neben diesen Fragen, welche durch die landwirthschaftliche Agitation hochaktuell geworden sind, fehlt es auf der veröffentlichten Tagesordnung des Staatsrathes auch nicht an anderen Gegenständen, bei deren Berathung es sich schließlich ebenfalls um die Bekämpfung des landwirthschaftlichen Nothstandes handelt. Hierher gehören das Währungsproblem unter Betonung der Silberfrage, sowie eine ganze Reihe von Maßnahmen, welche theils die Verbilligung der landwirthschaftlichen Produktion und Erleichterung des Absatzes der Erzeugnisse der Landwirtschaft, theils die Sebsthaftmachung der ländlichen Arbeiter, oft namentlich im Osten und theils endlich Reformen im ländlichen Immobilien- und Personalcreditwesen ins Auge fassen.

Das den Staatsrath jetzt erwartende Arbeitsmaterial ist also quantitativ ein ungemein umfangreiches, während es in qualitativer Hinsicht sehr schwierige und schwerwiegende, aber allerdings brennende Probleme aufweist. Ob es der genannten Körperschaft gelingen wird, ein solches Arbeitspensum innerhalb der zwei Wochen, welche die Staatsrathssession dauern soll, sorgfältig und zweckdienlich zu erledigen, dies möchte freilich noch abzuwarten bleiben. Auf jeden Fall können aber die bevorstehenden Staatsrathsverhandlungen Anspruch auf allgemeines Interesse erheben, und zwar dies um so mehr, als Kaiser Wilhelm seine öftere persönliche Theilnahme an den Sitzungen des Staatsrathes in Aussicht gestellt haben soll.

### Tagesgeschichte.

Kaiser Wilhelm wohnte am Dienstag Mittag der Vereidigung der Marine-Rekruten in Wilhelmshafen bei. Der allerhöchste Kriegsherr richtete hierbei eine Ansprache an die jungen Flottenmannschaften, in welcher er in mairigen Worten an die Heiligkeit des Eides erinnerte und als Herrscher und Kaiser die stete volle Erfüllung des soeben abgelegten Schwures verlangte. Dann ermahnte er die angehenden Marine-Angehörigen, inmerdar ihre Pflicht in dem nunmehr an sie heranrückenden ernsten Dienste zu thun und im Auslande die vaterländische Marine durch ein würdiges Be-

tragen stets gut zu vertreten. Nach beendigter Feierlichkeit nahm Se. Majestät im Marine-Casino das Frühstück ein, im Verlaufe des Nachmittags wohnte der Kaiser der Kiellegung des neuen Schlachtschiffes „Erlag Preußen“ bei und unterzog das Panzerschiff „Weßenburg“ einer Besichtigung. Später fand beim Kaiser Diner an Bord des Flaggschiffes „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ statt, auf welchem der Monarch auch Nachtquartier nahm. Am Mittwoch Morgen war eine Fahrt des Kaisers an Bord des „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ nach Helgoland und weiter nach Brunsbüttel projektiert, auch ist ein kurzer Besuch des hohen Herrn in Bremen in Aussicht genommen.

Die am nächsten Dienstag beginnenden Sitzungen des preussischen Staatsrathes werden wiederholt durch die Anwesenheit des Kaisers ausgezeichnet sein, wenigstens verlautet bestimmt, der hohe Herr habe die Absicht kundgegeben, den Verhandlungen des Staatsrathes so oft wie möglich beizuwohnen. Für dieselben ist ein Zeitraum von zwei Wochen in Aussicht genommen, doch erscheint diese Frist im Hinblick auf das inzwischen bekannt gewordene überreichliche und zum Theil sehr schwierige Arbeitsmaterial des Staatsrathes fast zu knapp bemessen. Eine Art Vorläufer hat die Staatsrathssession durch die 23. Plenarversammlung des deutschen Landwirthschaftsrathes gefunden, welche soeben in Berlin tagte, denn bereits in letzterer Versammlung sind einige der agrarpolitischen Fragen, welche vorwiegend auf der Tagesordnung des Staatsrathes stehen werden, zur Besprechung gelangt.

Man sagt er wolle stehen — unser Reichstag hat es zülig, den letzten Rest von Achtung, den das deutsche Volk noch für ihn übrig hatte, zu verschmerzen. Wir haben uns an Vieles gewöhnen müssen, aber eines so starken Stückes, wie es sich dieser Reichstag neuerdings geleistet hat, hätten wir uns doch nicht versehen. Am 1. April feiert das Deutsche Reich den 80. Geburtstag seines Schöpfers, des Fürsten Bismarck. Wenn an diesem Tage in allen Städten und an allen Orten dankbare Herzen einem selbst von seinen Feinden als groß und ungewöhnlich anerkannten Manne den Joch der Verehrung für seine Verdienste um's Vaterland darbringen, wenn allenthalben Feste gefeiert und Reden gehalten werden, dann wird ein Haus da und in feierlicher Stille dastehen, ein Haus, das dessen Baumeister sich doch eben jener Fürst Bismarck bezeichnen kann. Der deutsche Reichstag wird den 1. April ohne Rede und Festklang- und sanglos vorübergehen lassen. Zwar der Seniorenfesttag hat — entgegen den Meldungen einzelner Blätter — in der Sache weder berathen noch entschieden, aber private Vorbereitungen haben doch mit aller Sicherheit ergeben, daß ein Gedanken Bismarcks im deutschen Reichstage am 1. April den lauten Protest des Centrums, der Sozialdemokraten und des Freisinnigen finden würde. Es wurde dem Präsidenten v. Lepow, der persönlich zu einer feierlichen Ansprache bereit und auch mit der Ernennung zum Ehrenbürger des deutschen Reiches einverstanden war, bedeutet, daß man die Geburtstagsfeier zu einer Protestkundgebung benutzen würde. Daraufhin haben die nationalen Parteien, um die Gefahr zu vermeiden, vor der ganzen Welt eine nichtwürdige, verächtliche Komödie, die uns dem Gespötte aller Völker preisgeben würde, aufzuführen, den Gedanken einer Huldigung des Fürsten Bismarck am 1. April aufgegeben. Zugleich ist beschlossen worden, darauf hinzuwirken, daß am 1. April überhaupt keine Sitzung stattfindet.

Nach der deutschen „St. Peterburger Zeitung“ besteht die Absicht, dem Fürsten Bismarck zum 80. Geburtstage eine werthvolle Gedenkgabe zu überreichen. Die deutschen Kolonien von Petersburg, Moskau, Niga, Nevol, Charkow, Waku und anderen Städten Russlands werden sich daran betheiligen. Ueber den Charakter der Gabe theilt das Blatt nichts mit, erwähnt vielmehr nur, daß das Geschenk in sinniger Weise an das Land erinnere, aus dem es stammt. Das Geschenk wird von einer Abordnung überbracht werden. Den Geburtstag wird die deutsche Kolonie in Petersburg durch eine große Festversammlung begehen.

Zu der Nachricht des „Figaro“, wonach die französische und russische Flotte bei der Feier der Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals sich zu einer gemeinsamen Demonstration vereinigen würden, bemerkt die „A. Z.“: Wir haben es mit einer bösen Zeitungsbente zu thun. Es mag sein, daß Frankreich und Russland sich, was auch andere befreundete Mächte untereinander gethan haben mögen, über die Zahl der zu sendenden Schiffe und den Rang der Befehlshaber verständigt haben. Es will kein Staat hinter dem anderen zurückbleiben. Eine Verständigung darüber hinaus aber wäre eine politische Kundgebung, die über den Zweck hinausgeht, die Vollendung eines großartigen allen schiffahrenden Völkern zu gute kommenden Kultus- und Friedenswerkes zu feiern. Frankreich und Russland werden bei

den Feierlichkeiten aus denselben Gründen vertreten, sein wie die anderen Nationen. Die Einladung ist vom Deutschen Reich ergangen, dem es als Gastgeber obliegen wird, den einzelnen Gästen ihre Plätze anzuweisen. Dies wird in der Weise geschehen, wie es das diplomatische Programm vorschreibt. Wer von den Gästen einen anderen als den ihm gebührenden einnehmen wollte, würde das Gastrecht verletzen. Die Marine-Offiziere aller Länder sind des internationalen Verkehrs so gewohnt und so höfliche Leute, daß eine solche Verletzung völlig ausgeschlossen erscheint. Die Pariser Presse mag ihrerseits wohl eine französisch-russische Kundgebung herbeiwünschen, im Auswärtigen Amt in Paris aber wird man sich nicht dazu hergeben wollen und in Russland erst recht nicht.

Die „Times“ meldet aus Peking unterm 6. d.: Si-hung-tschang ist von Peking nach Tientsin abgereist, um sich nach Japan zu begeben. Das Beglaubigungsschreiben Si-hung-tschangs wurde von den Japanern genehmigt. — In England setzt man nach den bisherigen Vorgängen auch in die Friedensmission Si-hung-tschangs wenig Vertrauen. Zugleich glaubt man charakteristischerweise, daß Russland insofern hinderlich auf die Friedensverhandlungen einwirken wird, als es die von Japan verlangten Gebietsabtretungen nicht dulden würde. Ob Russland aber in der Lage ist, dem siegreichen Japan in dieser Weise entgegenzutreten, und ob es nicht für England selber vorteilhafter ist, wenn Japan sich zu einer Macht gestaltet, die der Ausbreitung der russischen Macht im fernen Osten als Gegengewicht dienen kann, das scheint man sich in England gar nicht zu überlegen. Der gut unterrichtete, mit anderen Regierungskreisen in Fühlung stehende Berichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt nämlich: Si-hung-tschangs Beglaubigungsschreiben ist sicherlich so abgefaßt, daß die Japaner, dagegen keinen Einwand erheben können. Aber es scheint, als ob die Japaner seit einigen Wochen zu dem Beschluß gekommen sind, daß China außer der Kriegsschadigung Gebiet abtreten muß. Korea kann nicht annektiert werden. Die Japaner behaupten selbst, daß es nicht von China abhängig ist. Entschieden aber ist die Thatsache, daß Russland Japan schon den Wink gegeben hat, daß es eine Veränderung der Zugehörigkeit Koreas nicht zugeben wird. Es giebt nur zwei Landstriche, die für Japan wünschenswert sind. Der eine umfaßt einen Theil der Mandschurei, den es jetzt besetzt hat, die Gegend, zwischen dem Jaluflusse (der Grenze Koreas) und dem Liaofluße, wo Mültschwan liegt. An der Spitze dieser Halbinsel befindet sich Port Arthur. Wie weit sich dieser „Pufferstaat“ erstrecken soll, bliebe abzuwarten. Erhalten die Japaner Port Arthur, so beherrschen sie nicht nur das gelbe Meer, sondern es steht ihnen die Straße nach Peking offen. Es steht allerdings wieder zu befürchten, daß Russland sein Veto einlegt. Die zweite Möglichkeit ist die Annexion Formosas. Dieses ist von der See aus zu verteidigen, liegt den vollreichlichen Provinzen Chinas nahe und besitzt einige vortreffliche Häfen. Der Berichterstatter des „Manchester Guardian“ setzt hinzu, daß er aus besserer Quelle weiß, daß China in keinem Falle einen Theil der Mandschurei oder Formosa abtreten wird. Stellt Japan die Forderung, so wird es die Verhandlungen abbrechen und sehen, wie es Peking verteidigt.

### Vaterländisches.

Wilsdruff, am 8. März. Die vom Direktorium des Gemeinnützigen Vereins und von den Obermeistern sämtlicher hiesiger Innungen für gestern Abend anberaumte Versammlung im Hotel zum goldenen Löwen war gut besucht; es galt den Anwesenden den Entwurf einer Petition an das hohe Königl. Finanzministerium behufs Errichtung eines Güterbahnhofes und einer Personenhaltestelle an der Westseite unserer Stadt bei der projektierten Weiterführung des Eisenbahnweges nach Nossen vorzulegen. Nach mehrfacher Aussprache gelangte die Petition zur Unterschrift, dieselbe soll von Haus zu Haus zur Unterzeichnung getragen werden und dann an den üblichen Stadtgemeinderath zur Mitunterzeichnung und zur gütigen Befürwortung übergeben werden.

Zur Wahl im sechsten Reichstagswahlkreise schreiben die „Dr. Nachr.“: Die öffentliche Bezeichnung des von den Konservativen aufzustellenden Kandidaten wird in den nächsten Tagen erfolgen. Wir können heute schon mittheilen, daß der betreffende Herr ein im Wahlkreise ansässiger Landwirth ist und sowohl durch seine hochintelligente Wirthschaftsweise, wie insbesondere durch seine den landwirthschaftlichen Mittel- und Kleingrundbesitzern gewidmete gemeinnützige Thätigkeit einen hochgeachteten Namen errungen hat. Die Konservativen gehen mit der Vertretung des Bundes der Landwirth Hand in Hand, so daß die Hoffnung gerechtfertigt ist, der Wahlkreis werde den sozialdemokratischen Ansturm mit Erfolg bestehen können.